

Auszug aus:

## Israel

# - ein Kolonialsiedlerstaat in der Sackgasse (1. Teil)

Von Dieter Elken

### Israel und die deutsche Staatsräson

„Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar“, bilanzierte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 18.03.2008 das Verhältnis deutscher Regierungen zu Israel.<sup>1</sup> Diese Erklärung Angela Merkels darf in der Bundesrepublik fast schon als nicht kritisch hinterfragter parlamentarischer und massenmedialer Konsens gelten. Ein Konsens mit praktischen Auswirkungen.

So hatte beispielsweise nach den von der Hamas gewonnenen palästinensischen Nationalratswahlen 2006 Merkels Sprecher erklärt: „Die radikal-islamische Hamas muß nach Ansicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Existenzrecht Israels "ohne Wenn und Aber" anerkennen und auf Gewalt verzichten, wenn die Zusammenarbeit der EU-Staaten mit der Palästinensischen Autonomiebehörde fortgesetzt werden sollte.“<sup>2</sup> Selbst während des kriegsverbrecherischen Gemetzels an Zivilisten während des israelischen Gazafeldzuges zur Jahreswende 2008/2009 nahm die Bundesregierung die nicht den Tatsachen entsprechende israelische Kriegspropaganda für bare Münze, wonach die Hamas den seit Sommer 2008 vereinbarten Waffenstillstand gebrochen habe. Folgerichtig wurde für Israel Partei ergriffen.

Im Mai 2008 bekannte sich auch Gregor Gysi auf einer Rede in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Existenzrecht Israels. Die Gewährleistung des Existenzrechts Israels verkündete er, sei Bestandteil der deutschen Staatsräson, die die Linke zu akzeptieren habe.

Diese Art von Erklärungen sind in der deutschen Politik nichts Neues. Im vergangenen Jahrzehnt wurde diese Art von Bekenntnissen zu einer Konstante deutscher Politik: Parteien.

Das Existenzrecht Israels ist "unantastbar", betonten CDU und CSU in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 05.04.02. Die FDP wollte sich nicht lumpen lassen und bekräftigte in ihrem Parteitagsbeschluss vom 11.05.02 das "uneingeschränkte Existenzrecht Israels". Ebenso proklamierte Ex-Außenminister Fischer am 25.04.02 im Bundestag das uneingeschränkte Existenzrecht Israels. Der frühere PDS-Fraktionsvorsitzende Roland Claus ließ sich bei diesem Anlaß ebenfalls nicht lange bitten: "Das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt werden und wird auch nicht in Frage gestellt." Bundeskanzler Schröder faßte dies vorab am 12.12.2001 so zusammen: "Klar ist für uns Deutsche: Das Existenzrecht Israels ist nicht verhandelbar. Es ist unveräußerliche Grundlage deutscher Politik."

Wo in politischen Reden so viel Pathos und so wenig historische wie politische Substanz mitschwingt, wäre eigentlich die kritische Aufmerksamkeit der Medien gefragt. Doch das scheint hierzulande zu viel verlangt. Dabei drängen sich Fragen auf:

---

<sup>1</sup> [http://service.tagesschau.de/download/pdf/merkel\\_rede\\_vor\\_knesset2008-03-18.pdf](http://service.tagesschau.de/download/pdf/merkel_rede_vor_knesset2008-03-18.pdf)

<sup>2</sup> [http://www.welt.de/print-welt/article194086/Merkel\\_Hamas\\_muss\\_Existenzrecht\\_Israels\\_ohne\\_Wenn\\_und\\_Aber\\_anerkennen.html](http://www.welt.de/print-welt/article194086/Merkel_Hamas_muss_Existenzrecht_Israels_ohne_Wenn_und_Aber_anerkennen.html)

Haben Staaten ein Existenzrecht? Wenn ja, was bedeutet dessen Anerkennung oder Nichtanerkennung? Wieso ist Israel der einzige Staat, der die quasi naturrechtliche Anerkennung seines Existenzrechts verlangt? Und wer hat von einer deutschen Regierung verlangt, über das Existenzrecht Israels zu verhandeln?

Die BRD ist natürlich nicht in der Lage, ein solches Existenzrecht Israels wenn es denn eines gibt, zum Handelsobjekt zu machen, es veräußern oder zu verkaufen. Welches Interesse hat angesichts dessen die sogenannte politische Klasse dieses Landes daran, diese Frage zu immer wieder aufzuwerfen? Und schließlich: Was bedeutet es, wenn in diesem Zusammenhang von Staatsräson gesprochen wird?

Selbst vielen Anhängern der Linken dürfte nicht klar sein, daß Gysis Bekenntnis zur deutschen Staatsräson für eine linke Partei eine tiefe Zäsur bedeutet: Das Bekenntnis zur „Staatsräson“ bedeutet seit Macchiavelli die unbedingte Treue zum eigenen Staat und zwar um jeden Preis, unabhängig von Recht und Verfassung. Das Konzept der „Staatsräson“ ist ein vordemokratisches, außerkonstitutionelles. Es signalisiert ein rein taktisches Verhältnis zu verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten und demokratischen Werten. Es nimmt daher nicht Wunder, daß die „Staatsräson“ vorrangig in rechtskonservativen Diskursen herumgeistert. Daß Merkel diesen Begriff benutzt, kann daher nicht wirklich überraschen. Bei Gysi sieht das anders aus.

Wer, wie viele politische Rechte von einer „Staatsräson“ ausgeht, meint nicht einmal einen bürgerlich-demokratischen Verfassungspatriotismus, sondern erkennt an, daß es unabhängig von positivem Recht und Verfassung nationale, d.h. im Klartext: Interessen der herrschenden Klasse gibt, die unter allen Umständen zu verteidigen seien, d.h. ohne Bindung an das geltende Recht auf nationaler wie internationaler Ebene. Gysi hat damit nicht etwa seine Verfassungstreue erklärt, sondern im Gegenteil seine Bereitschaft, auch jenseits der Verfassung die Interessen der herrschenden Klasse zur Grundmaxime seiner Politik zu machen. Er bemüht zur Begründung auch nur vordergründig Moral und höhere Werte. Seine Begründung ist so einfach wie opportunistisch: Die „tatsächlichen Verhältnisse“ seien nun einmal so, daß die deutsche Vergangenheit eine Infragestellung der moralischen Basis der deutschen Israelpolitik nicht erlaube. Wenn „Die Linke mitregieren wolle, müsse sie sich anpassen: Es bleibe dann „nur eine konsistente Option, die Anerkennung eines möglichen Vernunftgehalts moralischer Rechtfertigung politischer Prämissen, die dann mit der Entscheidung einhergehen müsste, diejenigen Wirklichkeitselemente, die sich tatsächlich auch vernünftig rechtfertigen lassen, nicht ändern zu wollen.“ Mehr Anbiederung an die Ideologie der herrschenden Klasse ist kaum möglich

Gysis Prämissen sind in Frage zu stellen, nicht zuletzt die Annahme, die deutsche Israel-Politik habe eine moralische Grundlage.

Die BRD hat als eine der wichtigsten imperialistischen Führungsmächte Europas, wenn nicht als die wichtigste Führungsmacht, tatsächlich die Fortexistenz Israels zu einer der Grundlagen ihrer Politik gemacht. Sie unterstützt darüberhinaus seit vielen Jahren nahezu kritiklos jeden Schritt der jeweiligen israelischen Regierungspolitik. Zudem fördert sie im Rahmen der Europäischen Union ebenso wie innenpolitisch die ökonomischen und politischen Interessen Israels bis hin zur großzügigen Finanzierung pro-israelischer Propaganda. Dies läßt sich nicht allein damit erklären, daß das deutsche Kapital und seine Regierung wie alle imperialistischen Mächte ein geostrategisches Interesse an der staatlichen Existenz Israels hat. Israel ist zu einem Eckpfeiler der imperialistischen Ordnung im Nahen Osten geworden und es diese Ordnung die wiederum die Energieversorgung des Imperialismus maßgeblich sichert.

Die deutsche Israelpolitik verfolgt jedoch vorrangig innenpolitische Zwecke. Das Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands für Israel – auf sehr fragwürdige Weise aus dem von den Nazis begangenen Völkermord an den Juden hergeleitet – demonstriert einen ebenso vordergründigen wie pathetischen Bruch der BRD und ihrer tragenden gesellschaftlichen Kräfte mit dem Faschismus.

Diese Zielsetzung hat einst Adenauer in seiner Erklärung vom 27.9.1951 vor dem Bundestag ausdrücklich benannt: "Hier und da sind Zweifel laut geworden, ob das neue Staatswesen in dieser bedeutsamen Frage von Prinzipien geleitet werde, die den furchtbaren Verbrechen einer vergangenen Epoche Rechnung tragen und das Verhältnis der Juden zum deutschen Volk auf eine neue und gesunde Grundlage stellen". Er erklärte sich dann bereit, "gemeinsam mit den Vertretern des Judentums und des Staates Israel, der so viele jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat, eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen."

Indem der Faschismus seit Adenauers Zeiten propagandistisch auf den Holocaust reduziert wird, wird zugleich dessen untrennbarer Entstehungszusammenhang mit der Existenzkrise des Kapitalismus nach dem ersten Weltkrieg, mit imperialistischer Aggressivität nach außen (52 Millionen Tote im 2. Weltkrieg) und brutaler politischer Diktatur nach innen ideologisch entsorgt.

Die bundesdeutsche Politik suchte aus diesem Grund schon seit Adenauer den Schulterschluß mit der israelischen Regierungspolitik und ließ sich willig auf die Kampfideologie des Zionismus nach 1948 ein, wonach jede Infragestellung des Existenzrechts Israels gleichbedeutend mit Antisemitismus ist.<sup>3</sup>

## Zionistischer Mythos und das Existenzrecht Israels

Viele derjenigen, die sich zu Propagandisten Israels berufen fühlen, gehen sogar so weit, jede Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch zu diffamieren.<sup>4</sup> Regelmäßig wird eine solche Kritik mit dem Vorwurf ergänzt, das Existenzrecht Israels werde negiert. Suggestiert wird damit nicht nur, daß das Existenzrecht Israels gleichbedeutend ist mit dem Existenzrecht des Judentums, sei es nun als Religionsgemeinschaft, als Nation oder gar als Rasse definiert, sondern darüber hinaus, daß die physische Existenz des Judentums selbst durch Antizionisten gefährdet werden soll.<sup>5</sup>

Die jüdische Glaubensgemeinschaft hat jedoch ursprünglich mit dem Staat Israel und seinem "Existenzrecht" nichts zu tun. Die ideologische Kunstfigur des Existenzrechts Israels hat ihren Ursprung nicht in der messianisch-religiösen Tradition des Judentums, sondern im Zionismus. Das zionistische Staatsbildungsprojekt widerspricht der jüdisch-religiösen Orthodoxie. Sie ist ihrem Wesensgehalt nach eine nationalistisch-rassistische Bewegung ganz eigener Art, die das Judentum weder als Religionsgemeinschaft noch als Nation gesellschaftlich emanzipieren wollte, sondern durch die Schaffung eines neuen, sowohl rassistisch wie national und religiös-kulturell lediglich in Umrissen bestimmten Kolonialsiedlerstaates. Der Zionismus war dementsprechend zu keinem Zeitpunkt eine nationale Befreiungsbewegung. Er suchte im Gegenteil sein Heil stets im Bündnis mit den Mächten, die er in der jeweiligen internationalen Lage für dominant hielt.

Die erst Ende des 19. Jahrhunderts gegründete zionistische Bewegung hat die kolonialistische Durchdringung des osmanischen Palästinas nicht begonnen. Sie hat die damals schon jahrzehntelang betriebenen und z.T. konkurrierenden Kolonialsiedlungsprojekte der Barone Rothschild und Hersch nur zu einem vordergründig jüdisch-nationalistischen Kolonialsiedlungsprojekt zusammengefaßt. Dessen Legitimität war in den Augen der Zionisten aus natürlichem und historischem Recht gegeben – völlig unabhängig vom Holocaust, der sich erst ein halbes Jahrhundert später ereignen sollte.<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup>Gestützt auf umfangreiches Archivmaterial analysiert Tom Segev in seinem Buch "Die siebte Million", Hamburg 1995, diesen Schulterschluß, der im beiderseitigen Interesse war.

<sup>4</sup>Vgl. Lothar Mertens: "Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus", in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland, München 1995

<sup>5</sup>So endet der Beitrag eines gewissen "is" auf der homepage hagail.com vom 18.04.02 mit der Aussage: "Wer sich heute in die Front der Antizionisten einreihet, ist genauso Täter wie diejenigen, die jüdische Friedhöfe schänden oder Brandbomben auf Synagogen werfen."

<sup>6</sup>Peter Gottstein: Israels Palästina-Politik 1984-1988, Ebenhausen 1989, S. 32 f

Das zionistische Kolonialsiedlungsprojekt war mithin zu keinem Zeitpunkt der Geschichte das politische Projekt aller Juden. Die Kritik an ihm kann schon deshalb nicht mit Judenfeindschaft schlechthin gleichgesetzt werden.